

Einzelstudie 07:

Parteiprogramme: Wie wollen Parteien Europa positionieren?

Welchen Weg in der Europapolitik wollen die etablierten Parteien gehen?

Alle Rechte bei
Dr. Karl H. Pitz
MacroAnalyst.de

angefertigt nach der Europawahl 2009

Europapolitik – das ist die Wahl zwischen zwei entgegen gesetzten Wegen: Libertarisierung oder Europäische Demokratie? Der Hintergrund dafür ist die Einbettung Europas in die Globalisierung.

Libertarisierung ist ein global angelegtes Konzept. Ihr Ziel ist „Markt statt Staat“ – das marktradikale Herzstück des globalen Mega-Trends.

I. Europas Einbettung in globale Machthierarchie zieht den Abbau der Demokratie nach sich

„Markt statt Staat“ zielt generell auf die Ablösung von Politik. Stattdessen sollen wirtschaftliche und gesellschaftliche Abläufe über den Markt koordiniert werden. Schritt für Schritt wird deshalb die demokratische Steuerung auch in Europa abgebaut.

Auf zwei Wegen werden die beiden Transformationen vollzogen:

1. Weg: Abbau von Nationalstaaten und Demokratie

Zum einen wird der überkommene Nationalstaat direkt abgebaut, durch Verringerung der Staatsquote, durch Deregulierung, durch Privatisierung.

Zum anderen wird die mit dem Nationalstaat verbundene demokratische Macht an die *demokratieferne* Europäische Union übertragen. Jede Abtretung gesetzgeberischer Gewalt von Deutschland an die EU höhlt deshalb unsere Demokratie aus.

2. Weg: Die EU – der Übergang von der Politik- zur Marktsteuerung

Nicht nur die Nationalstaaten werden abgebaut, sondern auch die demokratische Qualität der EU. Daran ändern Einzelverbesserungen durch den Vertrag von Lissabon nichts. Das Bundesverfassungsgericht: Die EU hat ein Demokratiedefizit, das in diesem völkerrechtsanalog konstruierten Gebilde prinzipiell nicht auflösbar ist.

Die Demokratie wird seit dem Fall des Eisernen Vorhangs vor allem auf dem Wege der Erweiterung der EU immer weiter unterminiert. Ein wirksamer demokratischer Bund setzt ein Mindestmaß an Zusammenhalt voraus. Statt diesen zu entwickeln, zielen die Erweiterungen auf die Verstärkung der Fliehkräfte in der EU, um diese tiefer in den Prozess der ‚Globalen Fragmentierung‘ einzubetten. Der Code dafür lautet ausdrucksstark „Vertiefung“

Ob deren maßlose Fortsetzung auf den Weg gebracht werden kann, darum ging es bereits in der Europawahl 2009. Darum geht es aber bei jedem Schritt der laufenden Europapolitik. Gerade auch beim Vertrag von Lissabon. Er soll den Weg für weitere Öffnungen pflastern. Die Erweiterung der EU ist die wichtigste Weichenstellung auf diesem Felde.

II. Welchen Weg gehen die Parteien?

Jeder dieser beiden Wege schließt den jeweils anderen aus.

Die Entscheidung für ein Europa mit einer demokratischen Verfassung verhindert den Weg ‚Markt statt Staat‘.

Die Entscheidung für maßlose Erweiterungen, aber auch die für die maßlose Öffnung der Grenzen von innen heraus, macht umgekehrt ein demokratisches Europa unmöglich.

Wie entscheiden sich die Parteien?

1. Weg:

Europa mit demokratischer Verfassung oder ‚Markt statt Staat‘?

Ein durchgehendes Muster in den Partei-Programmen ist zwar, die Demokratisierung Europas als Ziel zu formulieren. Aber dafür werden noch nicht einmal auch nur die wichtigsten Eckpunkte gesetzt.

Vor allem aber ist die Umsetzung dieses Ziels nicht vorgesehen, d.h. diese ist auch gar nicht gewollt.

Die EU lässt sich nun einmal nicht auf eine demokratische Verfassung gründen. Angesichts des „strukturellen, im Staatenverbund nicht auflösbaren Demokratiedefizits“ ist eine „Verfassungsneuschöpfung“ unerlässlich (BVerfG).

Eine solche demokratische Verfassung führt deshalb zwangsläufig über eine Art von „Kerneuropa“, wie im Einzelnen auch konstruiert.

Genau das aber scheuen die etablierten Parteien wie der Teufel das Weihwasser.

Notwendig wäre heute, eine breite Bewegung für die europäische Demokratie zu organisieren. Den Deutschen wird noch nicht einmal ein Referendum in Fragen von existentieller Bedeutung zugestanden.

Fazit:

Die etablierten Parteien fügen sich dem globalen Trend zur Marktradikalisierung. Eine demokratische Verfassung Europas verfolgen sie nicht mehr.

2. Weg:

Mit maßlosen Erweiterungen der Marktradikalität das Tor öffnen

Die wichtigste Entscheidung der Europa-Politik ist, ob die bisherigen Erweiterungen nunmehr auf die Spitze getrieben werden sollen.

Die Türkei steht zwar im Zentrum des nächsten Schrittes, ist aber nur der Türöffner. Ist sie drin, gibt es kein Halten mehr. Die Super-Erweiterung droht: Weißrussland, Ukraine, der Balkan stehen an. Weitere außereuropäische Länder stehen schon auf der Tagesordnung: Libanon, Ägypten, Tunesien, Algerien, Marokko – sogar Palästina und Israel.

Deutschland ist schon heute bei der Finanzierung der Nettolasten der EU extrem ungerecht belastet.

Die finanziellen Lasten der geplanten Erweiterungen der EU bewegen sich darüber hinaus in ungekannten Dimensionen. Mit 40 Staaten in der EU wird das unerlässliche Mittel des Zusammenhaltes, der Finanzausgleich, ausgeschlossen sein.

Überträgt man aber auch den Großteil der Gesetzgebung an eine solchermaßen entgrenzte EU, dann wird die Aushöhlung der europäischen Demokratien vollendet. So werden Fliehkräfte verstärkt. So öffnet man das Tor für die Marktradikalisierung. So führt man das Ende des demokratischen Sozialstaates herbei, exakt so, wie es nach dem Drehbuch der Libertarians gewollt ist.

GRÜNE und LINKE titeln in den Europaprogrammen explizit: Keine Festung Europa! Das Original der marktradikalen Libertarians: No Fortress Europe!

3. Die Parteien zu Einzelfeldern der Europapolitik

Was wirklich zählt in den Partei-Programmen, das ist die Entscheidung über diesen Basiskurs.

Zusätzlich bieten die Parteien dann viele Bausteine zu Einzelfeldern der Europapolitik (Finanz-, Umwelt-, Sozialpolitik usw.). Diese sind allesamt schön ausformuliert und lesen sich kühn („wir wollen, wir wollen, wir wollen“).

Das Studium dieser Programm-Blöcke kann man sich ersparen, sie haben mit der Realität wenig bis nichts zu tun.

Diese Einzelfelder der Programme passen nämlich durchweg nicht zum strategischen Gesamtmuster. Wenn oben die Weichen auf Libertarisierung gestellt werden, kann unten der Zug nicht nach Beschäftigung, Umwelt, Sozialem fahren. Am besten lässt sich das an den Aussagen zur aktuellen Finanzkrise erkennen.

III. Das Ergebnis

Die Europapolitik der etablierten Parteien läuft durchweg auf die weitere Einpassung Europas in die globale Libertarisierung hinaus. Die Etablierten vertreten immer

offener nicht mehr die Interessen von Bürgerinnen und Bürgern.

Die Demokratie bleibt auf der Strecke.

Klar, wir alle kennen die offensichtlichen Mängel der Demokratie. Aber was bleibt uns, wenn wir sie überhaupt nicht mehr haben?

Die Entscheidung für ein Europa mit festem Profil und einer demokratischen Verfassung bietet uns Europäern die Möglichkeit, den Weg zur Marktradikalisierung zu verändern. Genau hier versagen unsere etablierten Parteien.

Am auffälligsten die GRÜNEN, die „Urdemokraten“. Einen Verfall, für den die SPD 52 Jahre gebraucht hat, schaffen sie in 20 Jahren.

Auch die LINKE wartet mit einem krassen Widerspruch auf. Sie legen eine gründliche Analyse der EU vor; sie setzen sich kraftvoll für die Demokratie in Europa ein (Lafontaine vor dem Bundesverfassungsgericht), um das dann mit dem Ruf nach einer gnadenlosen Öffnung Europas zu krönen. Beides kann man aber nicht haben.

GRÜNE und LINKE haben keine Hemmungen, den massenwirksamen Schlachtruf der Libertären „Keine Festung Europa“ an prominentem Platz in ihren Programmen zu verankern. Kein Wort davon, dass in dem dann entstehenden riesigen Raum keine demokratische Steuerung mehr möglich ist, sondern der Markt diese Funktion alleine übernehmen wird. Das ist sie, die „Selbsterstörung Europas“.

CDU/CSU haben ihren maßgeblichen Beitrag für die fatal ungerechte Nettobelastung Deutschlands in der Vergangenheit schon geleistet (Miniatur 6). Lediglich CDU/CSU treten allerdings für eine ‚Privilegierte Partnerschaft‘ der Türkei ein. Die spannendste Frage der vor uns liegenden Europa-Politik wird sein, ob sie hierbei Wort halten werden. Zweifel daran sind bereits gedruckt.

„Für die Türkei gelte die ‚privilegierte Partnerschaft‘ als sinnvolles Ziel. Vollkommen ausgeschlossen ist eine EU-Mitgliedschaft der Türkei in Zukunft für die CDU allerdings nicht. Bewerberländer müssten alle Beitrittskriterien erfüllen...fordert die CDU“ (FAZ, CDU spricht sich für weitere Amtszeit Barrosos aus; 17. 03. 09, Seite 4).

Am ehrlichsten sind letztlich die Liberalen. Die belegen reichlich durchschaubar, dass sie einen waschechten und marktradikalen Libertarismus verfolgen. Das liegt im objektiven Interesse von wie viel Bürgerinnen und Bürgern – 1 oder 2 % ?

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger merken, dass diese Parteilinien strikt gegen ihre Interessen gerichtet sind.

Das dramatische Ergebnis der Europawahl 2009, eine „drastische Verweigerung von Vertrauen und Legitimation“ (Eike Henning) zeigt konsequenterweise zweierlei:

Bürger und Bürgerinnen lehnen die heutige Form der Organisation Europas ab. Warum sollte man zur Wahl für ein Parlament einer Europäischen Union gehen, die einfachsten demokratischen Regeln nicht gehorcht?

Aktueller noch: Eine große Mehrheit von Bürgern und Bürgerinnen lehnt vor allem die neuere Entwicklung der Europäischen Union ab. Der Einbruch der Wahlbeteiligung setzt nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ein. Dann nämlich wurden die undemokratischen Erweiterungen der Union eingeleitet, über die man die Bevölkerung nicht abstimmen ließ.

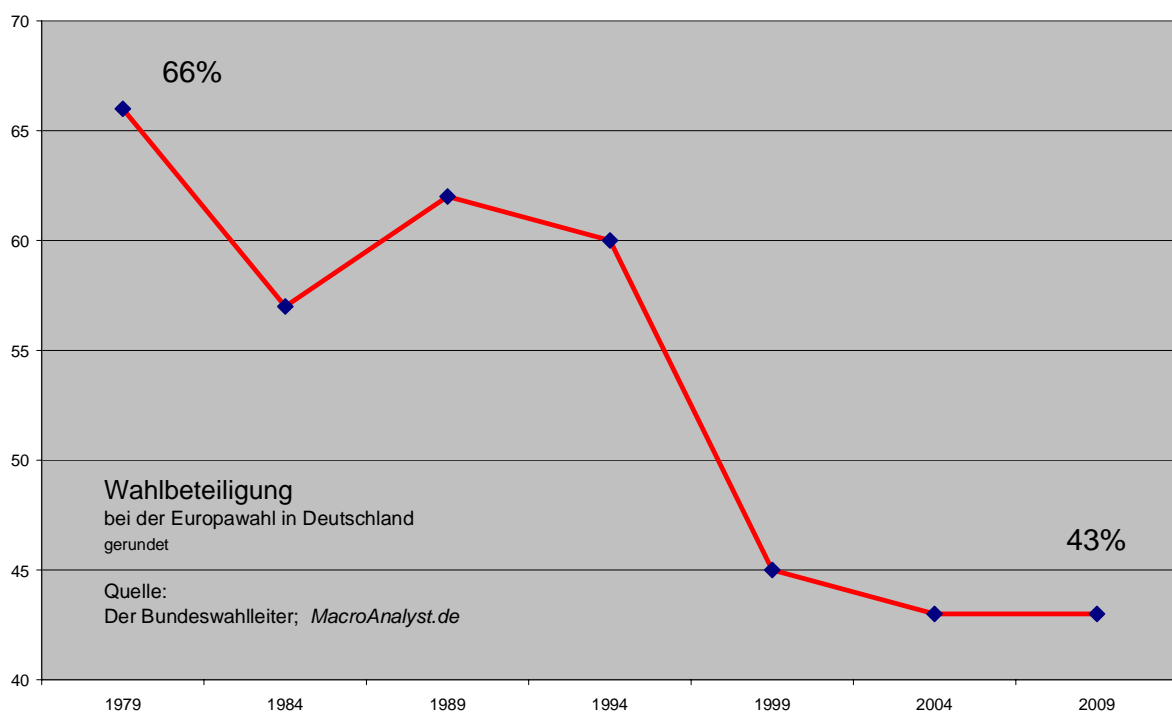
Diesen letzten Schutzschild aber will sich die große Mehrheit der Wähler nicht nehmen lassen. Alternativen dazu bieten die Etablierten nicht an.

Deshalb haben die Bürgerinnen und Bürger in der letzten Europawahl 2009 eine spezielle Form des Europa-Referendums gewählt:

Sie sind erst gar nicht hingegangen.

Ein viel sagendes politisches Ergebnis.

Europawahl 2009 deckt Bürgermeinung auf:
zuletzt gehen 6 von 10 einfach nicht mehr hin



Europawahl in Deutschland:

Wahlberechtigte 62,2 Mio

Nichtwähler 35,3 Mio

Wähler 26,9 Mio

Quelle: Der Bundeswahlleiter

Was also tun?

Die etablierten Parteien werden uns aus dieser Misere nicht heraus helfen.

In den nächsten fünf Jahren ist deshalb die Entwicklung einer kritischen

Bürgerbewegung gefragt, die den Parteien eine Lektion in Demokratie erteilt.